

Zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941

Stellungnahme der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE vom 12. Juni 2021

Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland die damalige Sowjetunion und entfesselte einen bis dahin beispiellosen Vernichtungskrieg, der 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben kostete und unvorstellbares Leid und Zerstörung über das Land brachte.

Die Historische Kommission der Partei DIE LINKE erneuert und bekräftigt die Feststellungen und Schlussfolgerungen, die sie in der Erklärung zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Jahr 2001 dokumentiert hat. Die Geschehnisse der vergangenen zwanzig Jahre machen es jedoch erforderlich, auf Entwicklungen hinzuweisen, die in offensichtlichem und krassem Widerspruch zu den Lehren stehen, die die Geschichte heutigen und künftigen Generationen erteilt hat.

Die Erfahrungen des Kampfes gegen die deutschen Aggressoren, das unvorstellbare Leid, das dieser Krieg mit sich brachte, aber auch die tatsächliche oder auch nur empfundene Bedrohung des eigenen Landes durch das zeitweise Atomwaffenmonopol der USA im darauf folgenden Kalten Krieg haben in der Sowjetunion ein besonderes Sicherheitsbedürfnis verankert, das bis heute auch die Politik Russlands bestimmt.

Der Westen sollte dieses legitime Sicherheitsinteresse Russlands verstehen. Ein solches Verständnis schließt berechtigte und möglicherweise sogar notwendige Kritik an Russland und seiner Politik nicht aus. Ziel einer friedensbewahrenden Politik muss Verständigung und nicht Konfrontation sein. Jeder Versuch, Russland als politischen Akteur dauerhaft auszugrenzen, ist letztlich zum Scheitern verurteilt. Er wird die Welt unsicherer, nicht sicherer machen.

Russland sollte als ein integraler Teil der Weltgemeinschaft akzeptiert werden. Eine Politik, die Frieden in der Welt will, muss das Gespräch und die Zusammenarbeit mit Russland suchen. Eine Respektierung und Abwägung gegenseitiger Interessen war selbst in den Jahrzehnten des Kalten Krieges und beidseitiger atomarer Hochrüstung möglich. Wenn heute Nato-Truppen an der Grenze zu Russland aufmarschieren, kann das schwerlich als ein politisches Gesprächsangebot verstanden werden.

Die heutigen Generationen tragen keine Schuld an den Geschehnissen der Vergangenheit. Doch sie stehen in der Verantwortung, dass die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus und die welthistorische Befreiungstat der Sowjetunion nicht verblasst oder gar verdrängt oder verfälscht wird. Sie stehen in der Verantwortung, dass die Erfahrungen der Vergangenheit in der Politik der Gegenwart Berücksichtigung finden.

Diese Stellungnahme wurde von Dr. Ronald Friedmann verfasst, von der Historischen Kommission am 12. Juni 2021 diskutiert und vom Sprecherrat in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Anlage: Zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission vom 18. Juni 2001

Am 22. Juni 2001 jährt sich zum 60. Male der Tag, an dem die deutsche Wehrmacht in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einfiel. Um Staat und Gesellschaft zu zerschlagen und daraus ein riesiges Kolonialimperium zu machen, wurde das größte Aufgebot an Soldaten und an Kriegstechnik versammelt und eingesetzt. Im Sommer und Frühherbst 1941 sollte der Kriegsgegner militärisch vernichtet sein, um sodann alle Militärmacht gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika richten zu können. Der Plan deutscher Machthaber, die Weltherrschaft zu errichten, die deutsche Herrenrasse zu Lasten von Millionen "Untermenschen" wohlleben zu lassen und den Unterjochten nach eigenem Gutdünken Lebensrecht zu gewähren oder zu entziehen, war verbrecherisch. Er führte zu Untaten, deren Aufzählung und Schilderung das Fassungsvermögen eines einzelnen Menschen übersteigt. Der Überfall auf die UdSSR war durch nichts provoziert. Die These vom deutschen Präventivkrieg ist eine Geschichtslüge.

Während des Krieges begingen Angehörige der Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei, von Formationen der SS, der Wehrmacht, der Polizeieinheiten, Beamte deutscher Okkupationsbehörden und Beauftragte deutscher Konzerne massenhaft Verbrechen. Ihre Opfer waren Kriegsgefangene und Zivilisten, Erwachsene, Greise und Kinder, Gesunde, Behinderte und Kranke, Kommunisten und Parteilose, Juden, Atheisten, Christen und Angehörige anderer religiöser Bekenntnisse und Überzeugungen, Menschen verschiedenster Völker und Nationen des geschundenen Landes. Der Verweis auf Stalin, auf sein Regime und die folgenschweren Gewalttaten, die in den Vorkriegsjahren und bei Kriegsbeginn in der Sowjetunion an Bürgern des eigenen Landes begangen worden waren, nehmen den Untaten der deutschen Eroberer, ihrer Verbündeten und Kollaborateure kein Jota an Scheußlichkeit und Barbarei. Nichts kann die Schuld der Täter und die Mitschuld und Verantwortung derer, die ihr Wüten begünstigten, schmälern. Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, was wäre von Deutschland geblieben?

Es ist daran zu erinnern, dass Soldaten und Zivilisten des überfallenen Landes in einer fast übermenschlichen Anstrengung nicht nur ihr Land von den Aggressoren befreiten, sondern einen entscheidenden Anteil an der Niederschlagung der faschistischen Staatenkoalition hatten. Sie errangen den Sieg gemeinsam mit den Soldaten der anderen Armeen der Antihitlerkoalition, mit Partisanen, Widerstandskämpfern und Antifaschisten vieler Länder. Die Truppen der Sowjetarmee haben auf ihrem schweren Wege von Moskau nach Berlin auch maßgeblich das Tempo bestimmt, in dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte der Krieg auch in Europa bis zu jenem Zeitpunkt gedauert, da die ersten Atombomben als Waffen eingesetzt werden konnten.

Die Schändung von Grabstätten und Denkmälern, mit denen an den Kampf und an den Tod der Soldaten der Sowjetarmee erinnert wird, muss jeden anständigen Bürger mit Abscheu erfüllen. Wir setzen uns für deren Erhaltung, Achtung und Pflege ein. Sie sind Erinnerungszeichen an die Zerschlagung des Naziregimes, die den Deutschen erst wieder die Chance gab, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Wir erinnern auch an jene deutschen Soldaten, die auf dem Vormarsch, wie während der Rückzüge und der Flucht, auf dem Wege in die Kriegsgefangenenlager oder in ihnen umkamen. Unter ihnen waren begeisterte Nazis, fanatische Landsknechte, gläubige oder gedankenlose Mitläufer und sogar Hitlergegner. Millionen Deutsche büßten für politische Fehlentscheidungen, die sie selbst oder ihre Eltern 1932/33 getroffen hatten. Auch Stätten, die an den Kriegstod von Deutschen erinnern, sind deshalb Orte der Mahnung und der Besinnung.

Die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges, die heute in der Bundesrepublik noch leben, und die Nachgeborenen, die keine Schuld trifft, sollten sich einen nüchternen Blick auf die Tatsachen nicht von denen trüben lassen, die ihnen mit der Floskel "Die anderen auch" daherkommen oder meinen, es sei alles Geschehene vergolten oder wieder gut gemacht und daher nicht mehr erwähnenswert. Die einzig wirkliche "Wiedergutmachung" besteht darin, dass Ähnliches nie wieder durch Deutsche geschieht. Die beschämende Auseinandersetzung um die Entschädigung der Zwangsarbeiter, von der die osteuropäischen anfangs ganz ausgeschlossen bleiben sollten, stellt jene bloß, die sich ihrer Verantwortung nur zu gern entziehen möchten. Der Jahrestag des Überfalls ist ein Anlass, sich Tatsachen und Schlussfolgerungen aus diesem Teil deutscher Vergangenheit erneut oder erstmals bewusst zu machen.

Der 22. Juni 2001 erscheint uns als ein geeigneter Tag, an die politischen und moralischen Verpflichtungen zu erinnern, die den Deutschen aus Faschismus und Krieg erwachsen.